

Hannover, 16. Juni 2019

## **Hannoversche Erklärung**

Resolution des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen  
zum 20. Landesverbandstag

## **Hannoversche Erklärung**

**Die Delegierten der 20. Landesverbandstagung des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. in Hannover verabschieden die nachfolgende Resolution:**

### **Miteinander – für mehr soziale Gerechtigkeit**

Die Einkommens- und Vermögensentwicklung der vergangenen Jahre hat zu einer großen Ungleichverteilung und massiven Polarisierung der verfügbaren Haushaltseinkommen geführt. Deutschland zählt inzwischen zu den Industrienationen mit der größten Vermögensungleichheit.

Die Auswirkungen auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung sind erheblich. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger sozial benachteiligter Schichten machen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Maßnahmen für mehr soziale Gleichheit und Solidarität sind zum Erhalt des sozialen Friedens und der Demokratie dringend geboten.

### **Miteinander – Armut wirksam bekämpfen**

Armut zu bekämpfen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam bewältigen müssen. Dazu bedarf es insbesondere einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung einschließt, eine nachhaltige Förderung von Kindern und Jugendlichen durch entsprechende Bildungsförderung sowie Unterstützungsleistungen für die gesamte Familie.

Nur eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dazu ist für Kinder unter drei Jahren, für Kindergartenkinder und Schulkinder eine kostenfreie, qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuung bereitzustellen. Das Betreuungsangebot darf nicht nach der Grundschule enden und ist auch in den Ferien anzubieten.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist auch von Armut der öffentlichen Haushalte geprägt. Die Steuersenkungen der vergangenen Jahre und die Politik der „schwarzen Null“ haben zu einem hohen Investitionsstau bei Kitas und Schulen oder dem Ausbau des barrierefreien öffentlichen Personennahverkehrs geführt. Gerade von Armut betroffene Menschen sind jedoch auf eine soziale und funktionierende Infrastruktur angewiesen.

Damit Länder und Kommunen ihre Aufgaben zur Daseinsvorsorge erfüllen können, sind die Einnahmen der öffentlichen Haushalte zu stärken. Dazu ist eine andere Steuerpolitik erforderlich, die große Einkommen und Vermögen zur Finanzierung heranzieht.

Der SoVD fordert eine höhere Besteuerung der in Deutschland erwirtschafteten Unternehmensgewinne auch ausländischer Unternehmen, die Wiederbelebung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Besteuerung großer Erbschaften. Es ist außerdem eine gerechtere Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Land und Kommunen sicherzustellen.

### **Gutes Wohnen – bezahlbar und barrierefrei**

Die Versorgung mit bezahlbarem, angemessenem und barrierefreiem Wohnraum ist nicht mehr gewährleistet. Die Mietpreisentwicklung der vergangenen Jahre hat die soziale Spaltung weiter vertieft. Für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen sind die Mieten inzwischen zu einem Armutsrisiko geworden. Daran hat auch die Mietpreisbremse nichts geändert.

Die Zahl der Sozialwohnungen in Niedersachsen ist auf rund 75.000 gesunken. Sie wird in den nächsten fünf Jahren weiter sinken, weil immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen und dem sozialen Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Um die Versäumnisse der vergangenen Jahre zu korrigieren, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Neben einem deutlichen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und einer Verlängerung der Sozialbindung ist die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau zu prüfen. Maßnahmen zur Verhinderung von Spekulationen mit Bauland sind zu ergreifen, um den Anstieg der Kosten im Wohnungsbau zu stoppen.

Der SoVD fordert die Landesregierung im Übrigen auf, sich für eine wirksame Mietpreisbremse ohne Ausnahmeregelungen einzusetzen.

## **Mehr Inklusion wagen ...**

Inklusion gelingt nicht ohne Barrierefreiheit. Teilhabe am kulturellen und politischen Leben, an der Arbeitswelt und in der Freizeit setzt umfassende Barrierefreiheit voraus. Im Sinne des universellen Designs sind alle staatlichen Leistungssysteme, der gesamte Sozialraum und die Lebensbedingungen so auszugestalten, dass jeder Mensch ohne Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.

Der SoVD fordert die Landesregierung auf, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit vollumfängliche Teilhabe gelingen kann.

## **... in der Schule**

Das Recht auf diskriminierungsfreie Bildung ist sicherzustellen. Mit der Entscheidung, die Förderschule nicht aufzulösen bzw. die Übergangszeit der Förderschule Lernen zu verlängern, werden Sonderstrukturen aufrechterhalten, die diesem Recht entgegenstehen. Das Festhalten an dem Parallelsystem der Allgemeinen Schule und der Förderschule führt im Übrigen zu einem höheren Personalbedarf und verschärft die ohnehin bestehende Personalnot.

Der SoVD fordert die Landesregierung auf, die Inklusion in der Schule auf allen Schulstufen voranzubringen und dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

## **... auf dem Arbeitsmarkt**

Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen zu können. Voraussetzung ist ein offener, inklusiver und für Menschen mit Behinderung zugänglicher Arbeitsmarkt.

Der SoVD fordert die Politik auf, unter Einbeziehung der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfbM) Konzepte und wirksame Strategien für eine inklusive Gestaltung des Arbeitsmarktes zu entwickeln.

## **Sicherstellung guter Pflege**

Gute Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie muss so finanziert werden, dass sie für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen kein Armutsrisiko darstellt. Die Belastung durch ständig steigende Eigenanteile muss gestoppt werden. Die Ergebnisse der "Konzertierten Aktion Pflege" sind völlig unzureichend.

Der SoVD fordert die Landesregierung auf, sich stärker an der Finanzierung der Investitionskosten zu beteiligen und sich für eine solidarische Bürgerversicherung, die die Kosten der Pflege vollständig abdeckt, einzusetzen. Als Sofortmaßnahme muss ein umfassender Solidarausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung sowie ein dynamisch ausgestalteter Bundeszuschuss geschaffen werden.

Die Versorgung mit ausreichenden Pflegeangeboten ist in Niedersachsen nicht mehr in allen Bereichen sichergestellt. Insbesondere die Versorgung mit ambulanten Angeboten ist teilweise problematisch. Viele Pflegebedürftige nehmen den ihnen zustehenden Entlastungsbetrag nicht in Anspruch, weil es an entsprechenden Angeboten fehlt.

Der SoVD fordert alle Akteure auf, ein ausreichendes Angebot an ambulanter und stationärer Pflege sicherzustellen. Die Voraussetzungen zur Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag sind mit dem Ziel zu überprüfen, mehr Angebote zuzulassen.

## **Pflegende Angehörige unterstützen und entlasten**

Die überwiegende Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird zu Hause von Angehörigen oder nahestehenden Personen betreut. Nach wie vor sind es vor allem Frauen, die diese Aufgabe übernehmen. Viele von ihnen nehmen körperliche und psychische Belastungen sowie berufliche und finanzielle Einschränkungen bei Einkommen und Renten auf sich, um die Pflege zu Hause zu ermöglichen.

Der SoVD fordert eine stärkere Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger und nahestehender Personen. Die Pflegezeit ist nach dem Modell der Elternzeit auszugestalten.

Hannover, 16. Juni 2019

**SoVD-Landesverband  
Niedersachsen e.V.**

Herschelstraße 31  
30159 Hannover

Tel.: 0511/70148-0  
Fax: 0511/70148-70

E-Mail: [info@sovd-nds.de](mailto:info@sovd-nds.de)  
[www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)